

Folgen. Einseitig politisch motivierte ‚Pläne‘ gibt es seit 35 Jahren, in Gorleben eine Atommülldeponie einzurichten“, spöttelt die BI. EU-Kommissar Günther Oettinger, der in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ davon sprach, das Problem der Atommülllagerung werde in Deutschland „wie ein Wanderpokal“ von Regierung zu Regierung weitergereicht, solle einmal seine Parteifreunde in der CDU/CSU fragen, ob sie einer länderübergreifenden vergleichenden Endlagersuche ohne Gorleben im Pool zustimmen würden, rät BI-Sprecher Wolfgang Ehmke und gibt gleich die Antwort: „Nein, sie würden noch nicht einmal einer länderübergreifenden Suche zustimmen, so groß ist die Angst vor Bürgerprotesten, die sie gern aufs Wendland beschränkt sehen.“

Empörung hat bei den Gorleben-Gegnern auch der Passus ausgelöst, der einen Atom-müllexport nicht eindeutig verbietet. „Aus den Augen aus dem Sinn, der Atommüllexport in Länder, die die Gefährdung der eigenen Bevölkerung für viel Geld in Kauf nehmen würden, ist eine zu tiefst unethische Haltung.“

Aktenfunde belegen frühes Wissen um Gorlebener Gasfelder

Nach Auswertung der Tiefbohrungen im Raum Gorleben hatte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), die vor Gründung des Bundesamtes für Strahlenschutz die Federführung des Gorleben-Projekts inne hatte, empfohlen, auch andere Standorte als Endlager für hochradioaktive Abfälle zu untersuchen. Begründet wurde in den Vorentwürfen des abschließenden so genannten Zwischenberichts 1983 das deutliche Abrücken von Gorleben mit den geologischen Mängeln, vor allem mit der fehlenden abschirmenden Tonschicht und dem Wasserkontakt des Salzstocks.

„Selbst nach Änderung der fachlichen Begründung durch die PTB – nicht mehr die geologischen Mängel, sondern Akzeptanz wurde ins Feld geführt – wurde die Empfehlung der Fachbehörde, auch andere Standorte als Gorleben zu untersuchen, durch die Intervention des Kanzleramts, des Innenministeriums und des Wissenschaftsministeriums unter Helmut Kohl (CDU) kassiert“, erinnert die BI. „Einmal Gorleben, immer Gorleben“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, lautete die Devise, „die fachliche Auseinandersetzung hat nie eine Rolle gespielt, man brauchte einen Standort als Entsorgungsnachweis.“

Die Sitzungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Gorleben in Hannover mit den klaren Fronten zwischen der schwarz-gelben Mehrheit und der Opposition seien nicht so interessant. Spannender seien die „Zwischentöne“, wie sich Grüne, SPD und Linke zum Neustart der Atommülldebatte mit oder ohne Gorleben im Pool verhielten und weitere Aktenfunde.

Wie die BI jetzt erfuhr, hat sogar das niedersächsische Kabinett am 21. Dezember 1976, zwei Monate vor der Gorleben Standortbenennung, von den Gasfeldern unter dem Salzstock in Gorleben gewußt und beschlossen, in diesem Falle der Atommülllagerung Vorrang gegenüber der Förderung von Erdgas einzuräumen. „Die Gasproblematik, also ein Gasfeld unter dem Salzstock und Gaseinschlüsse im Salz, sind ein K.O.-Kriterium“, erklärt Ehmke. Der BI bestätigte dies die schlimmsten Befürchtungen, daß Gorleben nur aus politischen Gründen schöneredet wurde und auch heute noch nachträglich die Anforderungen an den Gorlebener Salzstock an die Realität angepaßt werden. „Diese Lügengeschichte von Gorleben muß ein Ende haben“, so Ehmke. ●

Wismut GmbH

Was wird nach Abschluss der Uranbergbausanierung noch überwacht?

Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg führte am 11. Juli 2011 eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema „Bergbauverwahrung und Radonbelastung – die Langzeitaussichten im Ronneburger Revier“ durch. Im Rahmen der Veranstaltung gaben Dr. Peter Schmidt, Abteilungsleiter Umweltüberwachung/Strahlenschutz/Hydrologie der Wismut GmbH und seine Kollegen Jens Regner und Wilko Hinz einen Überblick zu Ergebnissen der bisherigen Überwachung der Haldenabdeckungen in dem dicht besiedelten Sanierungsgebiet um Ronneburg. Thematisiert wurde auf Wunsch des Umweltkreises insbesondere eine mögliche künftige radiologische Langzeitüberwachung der Sanierungsergebnisse. Nach Abschluss der physischen Arbeiten am Standort sind nun (fast) alle Halden auf zwei Aufschüttungskörper umgelagert. Abwetter aus dem Bergbau existieren nicht mehr und die bisherigen umfangreichen Transportabläufe beschränken sich auf den Bereich der Grubenwasserbehandlungen. Als einzig relevantem Parameter der bisherigen Expositions-pfade ist mit Radon und seinen radioaktiven Zerfallsprodukten zu rechnen, das im ostthüringischen Sanierungsgebiet fast ausschließlich auf verbleibende geringe und den natürlichen Hintergrund tangierende Diffusionsaustritte zurückzuführen ist.¹

Radonmessungen sind Bestandteil der gegenwärtigen Grundüberwachung (Basismonitoring) im Gebiet an langjährig festen und nach der REI Bergbau² vorgegebenen Orten. Das sind im Niederlassungsgebiet Ronneburg der

Wismut GmbH noch 69 Messpunkte. Zusätzlich fanden in der Vergangenheit operative Radon-Exhalations- und Konzentrationsmessungen im Rahmen der anfallenden Tätigkeiten statt (Sanierungsmonitoring). Der Rückgang der Radonbelastung der Umgebungsluft im Gebiet Ronneburg kommt zum Beispiel dadurch zum Ausdruck, dass 1992 bei nur 4 Prozent der Radonmesspunkte unter 20 Becquerel pro Kubikmeter (Bq/m^3) registriert wurden. Im Jahre 2000 waren es 14 Prozent und heute immerhin 46 Prozent. Dies ist ein wichtiges Indiz, wie gerade im Niedrigstrahlungsbereich die Sanierung ihren Beitrag zur Erlangung der natürlichen Hintergrundbelastung des Gesamtgebietes leistete. Die Reduzierungsrate im Raum Seelingstädt konnte auf Grund der verbleibenden unsanierten Altlasten des Uranbergbaus nicht so erfolgreich ausfallen.³

Zum Nachweis des Sanierungserfolges erarbeitet die Wismut GmbH ein Langzeitüberwachungsprogramm. Bestandteil dessen ist die Feststellung der Wirksamkeit der Abdeckungen als technische Barrieren der Verwahrungsbauwerke der radioaktiven Halden- und Schlammmaterialien. Dabei sollen stabile niedrige Exhalationsraten unter Ausschluss von Trendumkehrungen in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren festgestellt werden. Am Ende steht die Entlassung aus der behördlichen Aufsicht. Die gleichzeitige Auswirkung auf die Umgebung soll nach bisherigen Vorstellungen der WISMUT in einem Zeitraum von 15 Jahren mit einem reduzierten Radon-Messnetz weiter überwacht werden.

Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg hat zu dieser Perspektive eine wesentliche Forderung: Alle Verfüllkörper mit verbleibenden radioaktiven Materialien sind unter dauerndem Bergrecht zu halten und dabei sind Exhalationsmessungen des Radons mit seinen kurzlebigen Zerfallsprodukten in zeitlichen Abständen unabdingbar.

Über die Ergebnisse sowie Art und Weise dieser Messungen bzw. Messverfahren möchte der Umweltkreis weiterhin mit den Verantwortungsträgern des Sanierungsunternehmens in Kontakt bleiben.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Neben interessierten Bürgern aus Ronneburg, Weida und Gera nahmen örtliche kommunale sowie kirchliche Verantwortungsträger und engagierte Mitglieder verschiedener Umweltvereine teil. Auch Teilnehmer der IPPNW⁴ aus Gera und Bremen sowie von einem Forschungsvorhaben der Universität aus dem kalifornischen Long Beach wollten sich über das bürgerschaftliche Interesse im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit der Wismut GmbH informieren. Insgesamt war in Form des offenen Informationsaustauschs ein weiterer Beitrag zur Absicherung des Sanierungsverlaufs der Uranbergbauregion Ostthüringens zu verzeichnen.

Frank Lange

Kirchlicher Umweltkreis
Ronneburg

1. Im erzgebirgigen Raum verursachen dagegen Radonkonvektionen an Berghängen sanierter Haldenkörper zum Teil problematische Radonausdünstungen.

2. Richtlinie zur Emissions- und Immissionsüberwachung bei bergbaulichen Tätigkeiten - REI Bergbau

3. Vgl. Strahlentelex 570-571 „Die Langzeitsicherheit unsanierter Standorte des Uranbergbaus im Zusammenhang mit den Endlagerstätten der Uranerzaufbereitung in Ostthüringen“

4. IPPNW: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung

Röntgenstrahlung

Gesundheits- schäden durch Radargeräte

Inwiefern Soldaten Gesundheitsschäden durch Radargeräte erlitten haben, beschäftigt den Bundestag und das Verteidigungsministerium seit Ende 2000. Das erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/5731 vom 05.05.2011) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Anfang 2001 sei deshalb ein „unabhängiger Arbeitsstab“ unter der Leitung von Dr. Theo Sommer eingesetzt worden. Dieser stellte der Regierung zufolge fest, dass „in Einzelfällen Bundeswehrangehörige in den sechziger und siebziger Jahren durch Röntgenstrahlungen von Radargeräten gesundheitliche Schäden erlitten haben können“ – „ohne dass der Bundeswehrführung jedoch Vorsatz, bewusstes Zurückhalten von Informationen oder ein gezieltes Unterlassen von Schutzmaßnahmen vorzuwerfen wären“.

Die im Jahr 2002 eingesetzte Radarkommission aus externen unabhängigen Experten habe jedoch in ihrem Bericht vom 2. Juli 2003 nur für die von ihr identifizierten Radargeräte die bekannte vereinfachte Anerkennung im Rahmen der entsprechenden Wehrdienstbeschädigungsverfahren vorgeschlagen. Das bedeute, daß bei Betroffenen, die an anderen Geräten tätig waren und erkrankt sind, die „normalen“ Verfahrenskriterien anzuwenden seien. Das heißt, es werde in jedem der Fälle individuell geprüft, welchen Strahlenbelastungen der Antragsteller tatsächlich ausgesetzt war. ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 72,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.

Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantwortl.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantwortl.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 72,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 7,20, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktzeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2011 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288